

Persönliche Erklärung, Florian Botzet, zum Thema Einwohnerbefragung:

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ja, Einwohnerbefragungen oder Bürgerentscheide können in speziellen Fällen nützliche Werkzeuge sein. Zum Thema Gewerbegebiet wurde allerdings schon einmal abgestimmt.

Bezugnehmend auf den Antrag der Liste Zukunft, eine Einwohnerbefragung zum Thema Gewerbegebiet Maring-Noviland durchzuführen, erläutere ich im Folgenden mein ablehnendes Votum und spreche damit auch stellvertretend für alle Gemeinderatsmitglieder der Wählerliste Becker.

Die heutigen Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat sind Ergebnis der Kommunalwahlen im Juni 2024. Bereits seit 2019 wird das Thema in der breiten Öffentlichkeit der Gemeinde diskutiert. Im Vorfeld der letzten Kommunalwahlen stellten die beiden Wählerlisten den Bürgern ihre jeweiligen Argumente zur Verfügung. Rahmenparameter wie Standort und Größe lagen auf dem Tisch und die Zusammensetzung des Gemeinderates ist der aus der Abwägung jedes einzelnen Wählers resultierende Bürgerwille. Diesen gilt es auch hinsichtlich dieses übergeordneten Themas zu akzeptieren, denn unsere Mitbürger sind selbstverständlich imstande, thematische Inhalte und eine reine Personenwahl voneinander zu trennen.

Der Gemeinderat hat den Auftrag erhalten, unsere Gemeinde ohne ein 62 Hektar großes Gewerbegebiet weiterzuentwickeln, und diesen Auftrag einer Mehrheit der Bürger führen wir aus.

Auch wenn verschiedene Akteure nun eine Neueinordnung der Lage fordern, hat sich diese nicht im Wesentlichen verändert. Beschleunigte Verfahren seitens des Landes sind womöglich unnötig (siehe Bestand Flächennutzungsplan) und finanzielle Unterstützung ohne Verwendung von Steuerzahlermitteln wurde bereits früher angedeutet:

Schon 2022 bot sich der größte Flächeninhaber per Letter of Intent mit seiner im Tief- und Straßenbau tätigen Firmengruppe als möglicher Erschließungsträger an. Es hieß also schon immer, auf die Gemeinde kämen keine Kosten zu.

Sieht man einmal davon ab, dass Projekte solcher Größenordnungen generell nicht aufgrund von möglichen Fördermitteln beschlossen werden sollten, bleibt der Diskussionsgegenstand also der gleiche: ein 62 Hektar großes Gewerbegebiet in Maring-Noviland – und darüber wurde demokratisch entschieden.

Diese Entscheidung gilt es zu respektieren. Es ist nicht demokratisch, solange zu wählen, bis einem das Ergebnis passt.

Weiterhin könnte eine tragbare Entscheidung nur herbeigeführt werden, wenn es einen zureichenden Informationsstand hinsichtlich der detaillierten Ausgestaltung des Gebiets in der Öffentlichkeit gibt. Bis heute gibt es aber noch viele Unklarheiten:

Wird das Gebiet ein kommunales oder ein interkommunales? Wie hoch ist der tatsächliche Bedarf an Gewerbeflächen? Gibt es Erhebungen zu Zeitpunkt und Höhe erster Gewerbesteuererinnahmen? Wie hoch wird die Gemeinde in finanzielle Vorlage treten müssen? Wie wird ein Investor in Entscheidungsprozesse involviert? Wie sehen ökologischen Vorgaben konkret aus und wie verlässlich können diese im Bauleitplan erhalten werden, wenn die Veräußerung schleppend läuft und der Wettbewerbsdruck durch andere Gebiete steigt? Etc. etc.

Kurzum: Der Informationsstand ist unzureichend! Einfache Wenn-Dann-Formulierungen wie beispielsweise „mithilfe der Gewerbesteuererinnahmen kann die Grundsteuer gesenkt werden“ sind nicht gedeckt und unseriös. Derartige Polemik würde besonders vor einer Einwohnerbefragung zu Desinformation führen und die Spannungen innerhalb der Gemeinde unnötig verstärken.

Generell kann man aus der Vielfalt der offenen Fragen einen Rückschluss darauf ziehen, warum ein Bürgerentscheid über die Aufstellung eines Bauleitplans seitens des Kommunalgesetzes ausgeschlossen ist. Für eine Einwohnerbefragung gilt die gleiche Erklärung:

Die Wähler beauftragen den Gemeinderat, sich tiefgehend mit den Vor- und Nachteilen, Chancen, Risiken und Details eines Projektes wie des IKGs auseinanderzusetzen. Die Sachkomplexität ist schon für ein ehrenamtliches Parlament wie unseres herausfordernd und bedarf intensiver Beschäftigung mit dem Thema und auch Zugang zu entsprechenden Informationen. Auch müssen widerstreitende Interessen berücksichtigt und abgewogen werden. Diese Arbeit legen die Bürger wie üblich in die Hände vereidigter Mandatsträger. Dadurch sind zudem private Interessen ausgeschlossen.

Als Liste Becker versichern wir unseren Wählern und allen Mitbürgern, dass wir uns sehr tief und über Jahre in das Thema eingearbeitet haben, auch kontrovers innerhalb unserer Wählerliste diskutieren und keine leichtfertigen Entscheidungen treffen. Wir arbeiten gewissenhaft und nehmen den Willen der Wähler sehr ernst.

Vielen Dank.